



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

74. Sitzung (öffentlich)

25. März 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Vorsitzende Heike Gebhard informiert über einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde seitens der Fraktion der AfD zum Thema „Risikogebiete erkennen, entsprechend handeln. Versäumnisse im Fall ‚Ischgl‘“. Da die in diesem Antrag aufgeworfenen Fragen auch unter Tagesordnungspunkt 1 beantwortet werden könnten, verneint sie die Dringlichkeit, dafür eigens eine Aktuelle Viertelstunde aufzurufen. – Dr. Martin Vincentz (AfD) zieht den Antrag auf eine Aktuelle Viertelstunde sodann zurück.

Vorsitzende Heike Gebhard erinnert an die Übereinkunft des Ausschusses, bereits beschlossene Sachverständigenanhörungen bis auf Weiteres in schriftlichen Verfahren durchzuführen.

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 6 sollen trotz Ungewissheit hinsichtlich der Möglichkeit, Anhörungen zu terminieren, aufgerufen werden, um sich grundsätzlich über das weitere Verfahren – Beantragung von bzw. Beteiligung an etwaigen Anhörungen – zu verständigen.

- 1 Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus** (*Daten zur Entwicklung der Fallzahlen in NRW s. Tischvorlage [s. Anlage 1]*) **6**

in Verbindung mit:

Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3158

– Wortbeiträge

- 2 Medikamentenversorgung in Nordrhein Westfalen sicherstellen – Lieferengpässen entgegenwirken** **37**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8773

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der AfD überein, eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.

- 3 Den gerechten Lohn der Vielen besser schützen: Mindestlohnbetrügern endlich das Handwerk legen – Mindestlohn muss wirksam umgesetzt und kontrolliert werden!** **38**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8779

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der SPD überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

4 Unsere Patientinnen und Patienten und unsere Pflegekräfte sind es wert – Eindämmung der Leiharbeit im Gesundheits- und Pflegebereich in Nordrhein-Westfalen! **39**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8784

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der SPD überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

5 Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW) **40**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8796

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an einer bisher nicht terminierten Sachverständigenanhörung im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss zu beteiligen.

6 Wohnraumförderung der Landesregierung – Gestern noch am Abgrund, heute schon einen Schritt weiter? Der Niedergang des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen muss aufgehalten werden! **41**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8591 – Neudruck

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an einer bisher nicht terminierten Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu beteiligen.

7 Evaluation und aktueller Stand der Umsetzung der generalisierten Pflegeausbildung (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3159

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **43**

a) Übertragung öffentlicher Ausschusssitzungen via Livestream **43**

Der Ausschuss kommt überein, seine regulären Sitzungen zunächst bis zum 30. April per Livestream zu übertragen, sofern sich im Vorfeld der jeweiligen Sitzung keine Fraktion explizit dagegen ausspricht.

b) Fristen und Termine in ausstehenden Anhörungsverfahren **43**

* * *

8 Verschiedenes

a) Übertragung öffentlicher Ausschusssitzungen via Livestream

Heike Gebhard (SPD) spricht die Möglichkeit an, Ausschusssitzungen per Livestream im Internet zu übertragen. Laut Beschluss des Ältestenrats sei dies zunächst bis zum 30. April für reguläre Sitzungen möglich, und es hätten diesbezüglich auch schon Bürger beispielsweise zur heutigen Sitzung angefragt.

Sie schlage vor, im Rahmen der Benehmensherstellung zur Tagesordnung der jeweils kommenden Sitzung abzufragen, ob sich alle Beteiligten damit einverstanden erklärten, die Sitzung per Livestream zu übertragen. Der Ausschuss habe nichts zu verbergen und tage auch sonst öffentlich. Sie spreche sich daher dafür aus, diese Möglichkeit in der aktuellen Phase, in der niemand als Besucher zu den Sitzungen anreisen könne, zu nutzen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) plädiert dafür, sich darauf zu einigen, die Sitzungen grundsätzlich im Livestream zu übertragen. Falls im Einzelfall etwas dagegen spreche, könnten die Fraktionen Einspruch einlegen.

Der Ausschuss kommt überein, seine regulären Sitzungen zunächst bis zum 30. April per Livestream zu übertragen, sofern sich im Vorfeld der jeweiligen Sitzung keine Fraktion explizit dagegen ausspricht.

b) Fristen und Termine in ausstehenden Anhörungsverfahren

Vorsitzende Heike Gebhard informiert über das weitere Vorgehen in einigen bereits beschlossenen Anhörungsverfahren:

- Die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Errichtung einer Pflegekammer Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 17/7926 werde in schriftlicher Form durchgeführt. Stichtag zum Einreichen der Fragen der Fraktionen an die Sachverständigen sei der 2. April.
- Zum Antrag der Grünen mit dem Titel „Selbstbestimmung bei Intensivpflege achten – Reha- und Intensivpflege menschenrechtskonform gestalten“ Drucksache 17/7902 seien am heutigen Tage die Stellungnahmen der Sachverständigen eingegangen. Die Fraktionen könnten ihre schriftlichen Fragen an die Sachverständigen bis zum 17. April einreichen.
- Zum Antrag der SPD „Pflegende entlasten – pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmteres Leben ermöglichen! Die Chancen der Digitalisierung in der Pflege flächendeckend und schneller nutzen!“ Drucksache 17/7881 könnten die Fraktionen bis zum 27. Mai Fragen an die Sachverständigen richten.

- Die Sachverständigenanhörung zum Antrag „Unabhängige Beratung von Langzeitarbeitslosen ist ein bundesweites Vorbild – Arbeitslosenzentren (ALZ) und Erwerbslosenberatungsstellen (EBS) über 2020 hinaus erhalten!“ Drucksache 17/7903 finde nicht, wie ursprünglich vereinbart, am 13. Mai statt. Als Frist für Fragen an die Sachverständigen gelte nun der 27. Mai.
- Zum Thema „Akademisierung der Hebammenausbildung“ lägen zwei Berichte der Landesregierung vor. Die Fraktionen könnten bis zum 13. Mai Fragen zu diesen Berichten einreichen.
- Die Anhörung zum Antrag der Grünen „Modellversuch kontrollierte Cannabis-Abgabe: bekämpfen, Jugendschutz und Prävention stärken“ Drucksache 17/8579 solle nach der Sommerpause am 19. August stattfinden. Sie hoffe, dass dann wieder reguläre Präsenzsitzung durchgeführt werden könnten.

gez. Heike Gebhard
Vorsitzende

3 Anlagen

04.05.2020/12.05.2020

73